

ZUM 40. JAHRESTAG DER NOVEMBERREVOLUTION

Während die revolutionären Arbeiter und Soldaten in Leipzig am 8. November die politische Macht in ihre Hände nahmen, klopften die Revolution, wenn auch nicht recht schüttern, und beschränkten an die Pforten der Leipziger Universität.

Gegen Abend des 8. November verschafften sich Soldaten Zutritt zur Wandelhalle der Universität. Ein Offizier, Angehöriger der Leipziger Studentenschaft, war fröhlich und unverföhren in seiner Uniform zum Kolleg erschienen. Er entzog sich der Aufforderung der revolutionären Soldaten, seinen Säbel abzulegen, durch die Flucht.

Dieser Vorfall ist deshalb nicht gewöhnlich, weil sich der überwiegende

Vor 40 Jahren, am 26. November 1918, wurde auf der Leipziger Universität zum ersten Mal die rote Fahne gehißt. An diesem Anlaß findet am 26. November 1958, 17.30 Uhr, im Hof der Universität eine

Gedenkfeier

Die rote Fahne wird für alle Zeiten an der Karl-Marx-Universität wehen!

Teil der anwesenden Studenten dabei die Seite des Vertreters der Monarchisten- und Junkertum stellte und seine antidemokratische und revolutionäre Gesinnung dokumentierte.

Am 12. November kamen rund 700 Studenten im Burgtor zu einer allgemeinen Studentenversammlung zusammen, um ihre Stellungnahme zur Revolution und zur weiteren Entwicklung zu erörtern. Eingeleitet wurde die Auseinandersetzung durch einen Vortrag des führenden Vertreters der „Revolutionären Studentengruppe“ stud. germ. Eugen Ortners. Wenn auch in Eugen Ortners Aussagen über die Novemberrevolution und über die zukünftige sozialistische Gesellschaftsordnung kleinbürgerlich-intellektuelle, nichtmarxistische Ideen und Vorstellungen vorherrschend waren, so stellte doch seine Bejahung der Revolution in Deutschland vor der versammelten Leipziger Akademikerkonferenz — die nach einer Erklärung des studentischen Vertretungsausschusses am Ende November 1918 „die Beseitigung der alten Ordnung mit Schmerz empfanden“ hatte — zweifelsohne eine persönliche Tat dar.

In der Diskussion trat als heftigster Opponent Ortners und Wortführer der rechten Kreise cand. phil. F. A. Meyer auf. Aushend vom angeblich unpolitischen Charakter der Wissenschaft forderte er von der Studentenschaft, sich von der neuen Bewegung, die eine Bewegung der Masse sei, nicht anzuschließen.

Meyer und die folgenden Diskussionspartner prisen die bürgerliche „Ordnung“, die bürgerliche „Freiheit“ und zielten in der Forderung nach einer verfassunggebenden Nationalversammlung. Der Forderung nach den formalen gesetzlichen Grundrechten stand die tatsächliche Ablehnung jeder Klassenverschiedenheit gegenüber.

Am Schluß der Versammlung wurde durch die Stimmen der linken, sozialistischen Minderheit der Studenten eine von Meyer vorgebrachte Entscheidung angenommen, die u. a. folgende Forderungen enthielt: 1. Die jetzt bestehenden Behörden verwalten ihr Amt auf weiteres als Treuhänder des deutschen Volkes. 2. Es dürfen keinerlei rechtliche Gesetze gegeben oder Verordnungsmaßnahmen getroffen werden bis der Friede geschlossen ist. 3. Vor endgültigen Entscheidungen ist unbedingt die Wille des deutschen Volkes zu erfragen und eine verfassunggebende Versammlung aus allgemeinen, geheime und direkten Verhältniswahlen herbeizuführen.

Diese Entscheidung wendete sich gegen die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, ohne die die Grundfrage der Revolution — die Frage der Macht — nicht im Interesse des Proletariats entschieden werden kann. Diese Grundfrage der Revolution stand in Deutschland, wie Lenin im Dezember 1918 sagte, in Gestalt der Frage: Nationalversammlung oder Räte, bürgerliche Konstituante oder proletarische Räteversammlung?

Das Verlangen nach einer allgemeinen verfassunggebenden Nationalversammlung sowie die Forderung nach „Mittelung“ sämtlicher Stände und Parteien bedeutete eine Kampfansage gegen die Revolution und die deutsche Arbeiterklasse. So formierten sich die Kräfte der Konterrevolution unter der Losung der Nationalversammlung mit dem Ziel, die Treuhänder des deutschen Volkes, die Räte zu liquidieren und die Macht der Bourgeoisie zu erhalten und zu festigen.

Deshalb wurde der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat als ein Teil der damals bestehenden Behörden zwar als Provision betrachtet, aber gleichzeitig sollte er als „Treuhänder des deutschen Volkes“ auch eine Politik im Interesse aller revolutionären Kräfte durchführen. Die Versammelten unterschoben

dem Arbeiter- und Soldatenrat stillschweigend, daß es doch seine eigentliche Aufgabe und Berufung sei, für die „zur Erhaltung des Wirtschaftslebens unbedingt notwendige Ordnung“ zu sorgen. Die Studierenden beabsichtigten ihn so auf das Geleis bürgerlicher Politik zu schieben. — Es sollte die Privatsache jedes einzelnen bleiben, wie er sich zu dem stattgefundenen „Umsturz“ verhalte, ob er sich dem Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat „zur Wahrung der Ordnung“ (1) zur Verfügung stelle oder nicht.

Daß die vorgegebene Neutralität gegenüber der Revolution nur eine Scheinbare war, beweisen nicht nur die Forderungen der Entscheidung, sondern auch die folgenden Geschehnisse an der Universität, die zeigten, daß die überwiegende Masse der Studenten zutiefst parteilich handelte und — ohne zu schwanken — sich auf die Seite der Konterrevolution stellte.

Seit den Ereignissen vom 8. und 12. November schien die Revolution vor den Pforten der Universität haltgemacht zu haben: Obwohl die Mehrheit der Studierenden nicht aktiv in den Gang der Leipziger Revolutionsereignisse eingriff, garte und brodelte es doch gewaltig unter ihnen. Sie warteten nur auf einen günstigen Augenblick, um dem Arbeiter- und Soldatenrat sowie dem Leipziger Proletariat die Stirn bieten zu können.

Dieser Tag kam mit dem 22. November, als der Arbeiter- und Soldatenrat dazu aufforderte, anlässlich der Rückkehr von Truppen aus dem Felde die Häuser und öffentlichen Gebäude mit roten Fahnen zu schmücken. Rektor Prof. Hölder war zunächst ratlos und ließ beim Arbeiter- und Soldatenrat anfragen, wie er sich zu verhalten habe, da keine rote Fahne vorhanden sei. Prorektor Kittel schrieb dazu: „... die prompte Antwort war: Fahnentuch sei genug vorhanden, man werde die Fah-

gen nur vom sächsischen Kultusministerium empfangen dürfe.

Da aber die Beauftragten des Arbeiter- und Soldatenrates standhaft blieben, stieg am 29. November zum zweiten Male auf dem Hauptgebäude der Universität die rote Fahne hoch, verbunden mit der beschwichtigenden Aufforderung des Rektors an die Studenten, keinen Widerstand mehr zu leisten.

Die „Revolutionäre Studentengruppe“ schrieb in der „LVZ“ zu den Ereignissen u. a.: „Wohin die Sinnesrichtung dieser Herren zielt, sieht man darin, daß ausgerechnet die Fahne des Hauses Wettin aufgezogen werden mußte...“

Wir sind auf der Universität noch in der Minderheit. Aber das muß gesagt werden, daß es außer denen die Phrasen der akademischen Freiheit, und der Ehre im Munde führen, auch noch andere Studenten gibt...“

Wie entwickelten sich nun die Dinge weiter? Der Rektor hatte neue Verhandlungen angekündigt, aber die Studentenschaft war sich darüber einig, diese nicht abzuwarten, sondern sie beschlossen, die in der Nacht vom 26. zum 27. November vollzogene Provokation — diesmal allerdings offiziell und vor den Augen der Leipziger Arbeiterklasse — zu wiederholen.

Der Studentische Vertretungsausschuß berief am 29. November zu diesem Zwecke die allgemeine Studenterversammlung ein. Die öffentliche Verurteilung der Haltung des Rektors in der Eröffnungsansprache des Vorsitzenden des Ausschusses, cand. phil. Landahl, und seine Ausführungen gegen das Hissen der roten Fahne rief die reaktionäre, fanatisierte Masse der Studenten zum frenetischen Beifall hin.

Obwohl mehrere sozialistische Studenten vor der Ausführung des Vorhabens warnten, mußte das vergeblich sein. Mit etwa 20 Gegenstimmen wurde der An-

Augustusplatz und vom Neuen Rathaus herunterzureißen. In beiden Fällen provozierten sie dabei Schießereien. Daraufhin teilte der Arbeiter- und Soldatenrat am 2. Dezember Kittel mit, der nach dem Sturz Hölders am 30. November die Universität leitete, daß die Universität auf Grund dieser Vorfälle geschlossen werden müsse. Aber in den folgenden Verhandlungen gab Segler, der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates, nach.

Während er getreu seiner opportunistischen Politik mit den konterrevolutionären Kräften diskutierte, handelte Kittel. Er wandte sich an das sächsische Kultusministerium, das soeben einen opportunistischen Beschluß gefaßt hatte, der den Schulen selbst die Entscheidung in der Fahnenfrage überließ. Segler verlangte zwar das Wiederaufziehen der roten Fahne auf der Universität, erwähnte aber mit keinem Wort mehr die großangekündigte Schließung der Universität und versprach, sein möglichstes zu tun, um die Sache im Sinne der ministeriellen Auffassung durchzusetzen.

Nach den erlittenen Niederlagen vom 27. 28. und 29. November hatte nun am 3. Dezember der Arbeiter- und Soldatenrat einen erneuten Schlag erhalten, dessen Tragweite an jenem 3. Dezember noch gar nicht abzusehen war.

Indem die reaktionäre Masse der Leipziger Studenten mit der Unterstützung bestimmter Kreise des damaligen Lehrkörpers der Universität und unter Ausnutzung der opportunistischen Politik Seglers im Kampf um die rote Fahne letztlich den Sieg davontrug und damit in dieser Frage über die Revolution triumphierte, war jene Basis geschaffen, von welcher die Studentenschaft aus dem Jahre 1919/20 in das „Zeittreuewilligenregiment Leipzig“ eintrat und im März 1920 den bewaffneten militärischen Kampf gegen die deutsche Arbeiterklasse eröffnen konnte.



STOLZ GRÜSST DIE ROTE FAHNE



„Runter mit dem monarchistischen Fetzen, auf die Universität gehört die rote Fahne.“
Grafik: Groschler

trag, die Fahne sofort herunterzureißen, angenommen.

Noch während der Abstimmung entstand am östlichen Eingang der Wandelhalle ein Tumult. Die beiden Eingänge des Hauptgebäudes wurden von Bewaffneten des Arbeiter- und Soldatenrates besetzt. Ihr Anführer bat, sprechen zu dürfen, was der Versammlungsleiter jedoch verweigerte. In diesem Augenblick wurden von der Brüstung die beiden roten Fahnen in die Wandelhalle hinabgeworfen, die einige Studenten noch während der Abstimmung vom Dach geholt hatten.

Daraufhin wurden der Versammlungsleiter Landahl und andere verhaftet und nach dem Polizeiamt gebracht. Jetzt formierte sich ein Protestzug von etwa 400 Studenten und wälzte sich durch die Schillerstraße über die Promenade nach dem Polizeiamt in der Wächterstraße. Hier verhandelten Mitglieder des Studentischen Vertretungsausschusses mit dem zuständigen Polizeirat und den Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates. Die Verhafteten wurden danach „gegen das Versprechen ruhigen Abzuges“, „im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ auf freien Fuß gesetzt. Damit ließ der Arbeiter- und Soldatenrat die große Chance ungenutzt, die Leipziger Studentenschaft seine Forderungen zu diktiert. Durch das bedingungslose Zurückweichen der Beauftragten der Leipziger Arbeiterklasse vor der konterrevolutionären Kampfansage der Studenten, erwies sich der Arbeiter- und Soldatenrat nicht als konsequenter Vertreter der Interessen der Arbeiter.

Diese Haltung ermutigte nur die reaktionären Studenten zu immer frecherem Auftreten. Einige von ihnen versuchten in der Nacht vom 29. zum 30. November, rote Fahnen von den Flaggenmasten auf dem damaligen

Die Auseinandersetzungen um die rote Fahne konnten nicht ohne Einfluß auf den weiteren Gang der Revolution in Leipzig bleiben. Die Weigerung der Universität, die rote Fahne zu hissen, wie auch die Anschläge der Studentenschaft auf das Symbol der Revolution blieben nicht ohne Widerhall. So ließ auch die Direktion der Dresdner Bank eine rote Fahne wieder entfernen; das gleiche geschah unter formellen Begründungen auch beim Reichsgericht und der Leipziger Straßenbahn. Die Leipziger bürgerliche Presse verlangte demagogisch das Fahnentuch doch lieber zur Behebung der allgemeinen Textilnot zu verwenden (1). Sie forderte nachdrücklich, „auf solche Aeußerlichkeiten kein so großes Gewicht zu legen“ und zeigte damit nur, welche Bedeutung sie selbst der roten Fahne im Kampf der Revolution beimah.

Die Auseinandersetzungen an der Universität um die roten Fahnen hatten noch ein Nachspiel. Die bewaffneten Vertreter des Leipziger Arbeiter- und Soldatenrates, die auf der allgemeinen Studenterversammlung vom 29. November erschienen waren, waren von Hans Bohla im Auftrage der „Revolutionären Studentengruppe“ über die Versammlung unterrichtet und herbeigerufen worden. Gegen ihn setzte nun ein Kesselreiben der reaktionären Studenten ein. Der Studentische Vertretungsausschuß erhob die ungeheuerliche Forderung, ihn dem Universitätsgericht zu überweisen. Im Auf-

trage und unter dem Druck des Studentischen Vertretungsausschusses, sowie der reaktionären Masse der Studentenschaft fällt dann das Plenum des Leipziger Universitätsgerichts das „Urteil“ gegen Hans Bohla:

Consilium abeundi auf sechs Monate wegen Verletzung der „Sitte des akademischen Lebens“ und der „Würde des Universitäts“.

Die „Leipziger Volkszeitung“ prangerte diesen „Entscheid“ vom 16. Dezember treffend als „Klassenjustiz des Leipziger Universitätsgerichts“ an. Bohla selbst sagte in gleichem Sinne dazu: „Ich sehe in dem Urteil ein Exempel, das vor der reaktionären Masse der Studenten statuiert werden sollte... Folglich hat man mich mit der Strafe, in meiner politischen Gesinnung getroffen.“

Später verließ er als sozialistischer Student in der „LVZ“ der Hoffnung Ausdruck, daß bald die Jugend des revolutionären Proletariats als sozialistische Studiengenossen an den deutschen Universitäten erscheinen möge; damals nur ein Wunsch — heute, vierzig Jahre später, im ersten Arbeiter- und Bauernstaat in der deutschen Geschichte eine freudige Wirklichkeit.

Und niemand wird jemals wieder die rote Fahne — das Symbol der wahren akademischen Freiheit, die nur im Sozialismus möglich ist — von unserer Universität herunterreißen können.
(Nach einer Diplomarbeit von Udo Baumann)

Anlässlich des 40. Jahrestages der Novemberrevolution schreibt der bekannte Schriftsteller und Literaturwissenschaftler Paul Reimann, 1921 bis 1923 Leiter der Kommunistischen Studentenfraktion in Leipzig, in einem an die Universitäts-Parteileitung gerichteten Brief:

Werte Genossen!
Für Ihre Einladung, an der Feier anlässlich des 40. Jahrestages der Novemberrevolution teilzunehmen, drücke ich Euch meinen herzlichen Dank aus und bedauere es aufrichtig, daß ich infolge dringlicher Aufgaben in unserem Institut für Parteigeschichte beim ZK der KPC dieser Einladung nicht Folge leisten kann. Als ehemaliger Student Eurer Universität und Mitbegründer der Kostura in Leipzig, die damals freilich nur etwa 25 Mitglieder hatte, fühle ich mich mit Euch auch weiter eng verbunden und empfinde Freude über alle Erfolge, die Ihr in dem Kampf für die Erziehung einer neuen sozialistischen Intelligenz im Geiste des Marxismus-Leninismus erzielt.

Bei meinen Besuchen in Leipzig in den letzten Jahren brachte ich mir zum Bewußtsein, wie groß der Wandel seit der Zeit vor 35 Jahren ist, wo wir an der Universität nur ein kleines Häuflein waren und wie viel es für die heranwachsende Generation der Intelligenz bedeutet, daß die Macht heute in den Händen der Arbeiterklasse liegt, die den Sozialismus aufbaut.

Mit Dankbarkeit gedenke ich der hervorragenden Funktionäre der Leipziger und deutschen Arbeiterbewe-

gung, die uns jungen Studenten vor 35 Jahren gute Lehrer bei der Beherrschung des Marxismus-Leninismus waren, William Zipperer, Fritz Heckert, Edwin Hoernle und viele andere. Der Weg, den die kommunistische Studentenbewegung vor 35 Jahren auf der Konferenz in Leipzig im Jahre 1922 beschritt, der Weg des Marxismus-Leninismus an der Seite der Arbeiterklasse, an der Seite der großen Sowjetunion hat sich als richtig erwiesen; er führte bei Euch in der Deutschen Demokratischen Republik ebenso wie bei uns in der CSR zu den historischen Siegen im Aufbau des Sozialismus deren Zeugen wir heute sind.

Indem ich Euch anlässlich des großen Gedenktages, den Ihr begeht, Glück und weitere Erfolge wünsche, möchte ich Euch sagen, daß wir in der Tschechoslowakei jeden Erfolg, den Ihr in der DDR im Kampf für den Aufbau des Sozialismus und die Festigung der marxistisch-leninistischen Ideologie erringt, auch als unseren Erfolg betrachten. Möge sich die Freundschaft unserer beiden Länder und die Einheit des ganzen Lagers des Sozialismus mit der großen Sowjetunion auch weiter kräftigen im Geiste des proletarischen Internationalismus, der uns alle vereint.

Mit Parteigrüß! Paul Reimann